Erinnerungen an Georg, den kleinen Bruder des großen Otto Wigand

Otto Wigand (10. 8. 1795 bis 1. 9. 1870) dürfte wohl jeder historisch interessierte Leipziger kennen, denn der prominente Herausgeber junghegelianischer Schriften zählte neben Brockhaus und Philipp Reclam jun. zu den größten und bekanntesten Leipziger Verlegern Mitte des 19. Jahrhunderts. Daß Otto Wigand mit Georg einen jüngeren Bruder besaß, der sich ebenfalls zu einer herausragenden Verlegerpersönlichkeit profilierte, ist hingegen weniger bekannt. An ihn soll anläßlich seines 180. Geburtstages und 130. Todestages vor einem Jahr erinnert werden.

Georg Wigand wurde am 13. Februar 1808 in der Universitätsstadt Göttingen als 12. (!) Kind der keineswegs gut bemittelten Familie Wigand geboren. Georg hatte eine entbehrungsreiche Jugend und genoß nur eine äußerst dürftige Schulbildung. Vieles mußte er sich im Selbststudium aneignen.

1822 holte ihn sein Bruder Otto in die oberungarische Stadt Kaschau, um Georg bei sich buchhändlerisch auszubilden. Diesem Gewerbe blieb er zeitlebens treu. Angeregt durch mehrere Reisen (u. a. Paris), im Willen zur Gründung eines eigenen

Erwarb sich bleibende verlegerische Verdienste

„. . . sein Name hat . . stets mit besonderer Auszeichnung genannt zu werden."

Unternehmens und im Wissen um die zunehmend repressiven österreichischen Zensurverhältnisse zog es Georg wieder nach Deutschland.

1833 besuchte er erstmals die Leipziger Ostermesse und kam im Frühjahr 1834 – sichtlich beeindruckt von der Buchstadt – wieder. Georg Wigand gründete noch im selben Jahr in der Messestadt ein eigenes Geschäft. Besondere Verdienste erwarb er sich um das Illustrationswesen, unterstützte zahlreiche Verbesserungen des Holzschnittes und beförderte seine verstärkte publizistische Nutzung. Mit dem Maler Ludwig Richter verband ihn bald eine lebenslange Freundschaft. Georg Wigand brachte die 1. deutsche Volksausgabe von Shakespeare heraus und erzielte mit seinem „Malerischen Deutschland" einen größeren kommerziellen Erfolg.

Der tatkräftige und energische Mann orientierte sich auch auf die periodische Publizistik, gab ökonomische Blätter („Agronomische Zeitung", „Blätter für Handel und Industrie") heraus und engagierte sich bald darauf noch im Vormärz gleichfalls in der politisch relevanten Presse. So verlegte er zeitweise die liberale Zeitung „Der Herold" von Karl Biedermann, und auch an der bekannten „Europa. Chronik der gebildeten Welt" von August Lewald und Gustav Kühne war Georg Wigand beteiligt. Im Revolutionsjahr 1848/49 zeichnete er für die „Deutsche Krieger-Zeitung" verantwortlich, ein liberales Blatt, daß sich Ende 1848/Anfang 1849 für progressives politisches Engagement unter den Militärangehörigen einsetzte, aber bald aus repressiven Gründen sein Erscheinen wieder einstellen mußte.

Politisch war Georg Wigand eindeutig bürgerlich Liberaler, stand seinem großen Bruder also auch politisch nahe.

Zehn Jahre nach der bürgerlich-demokratischen Revolution starb er am 9. Februar 1858 nach schwerem Leiden – nur fünf Tage vor seinem 50. Geburtstag.

Das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" widmete ihm einen recht umfänglichen und würdigenden Nachruf (Nr. 19, 10. 2. 1858, S. 258). Im Nekrolog heißt es u. a.: „. . . Um die Entwicklung der künstlerischen Thätigkeit des Verlagshandels, sowie um die Läuterung des allgemeinen guten Geschmacks hat er durch seine buchhändlerische Wirksamkeit glänzende Verdienste und sein Name hat in den Annalen des deutschen Buchhandels stets mit besonderer Auszeichnung genannt zu werden."

TOMAS KITTAN,
Sektion Journalistik

UZ-Serie über die Novemberrevolution ● UZ-Serie über die November

Im April 1917 entstanden in Leipzig die ersten Arbeiterräte in der deutschen Geschichte

Die Haltung führender Leipziger Kapitalisten zur und in der Zeit der Novemberrevolution

Für die Beurteilung des Charakters und Verlaufs der Novemberrevolution als antiimperialistische Volksrevolution ist es nicht unwichtig zu wissen, wie weit im einzelnen die antiimperialistische Frontstellung wirklich ging. Nun war ja für das insgesamt hochindustrialisierte Sachsen kennzeichnend, daß es eine ausgesprochen rohstoffarme, deshalb auch kaum über Grundstoffindustrie verfügende Region darstellte, in der zwar die Tendenz zur Konzentration von Produktion und Kapital wirksam war, die aber zunächst nicht bis zu Monopolen geführt hatte. Im Verlaufe des ersten Weltkrieges gestaltete sich die Lage für jene Industriezweige in Sachsen außerordentlich schwierig, die wie Bau- und Konsumgüterindustrie nicht oder wie die Textilindustrie nur zum Teil der Kriegsproduktion dienten. Als ausgesprochenes Exportland mit einer vielfältigen Verarbeitungsindustrie war Sachsen so gut wie vollständig von seinen auswärtigen Märkten, Kapitalbeziehungen und Rohstofflieferanten abgeschnitten. Einzig die Metallindustrie erlebte durch Rüstungsaufträge eine starke Aufblühung. So stieg bei der Leipziger Firma Meier & Weichelt der Umsatz nach Gewicht pro Arbeiter von 42,0 kg (1913/14) auf 77,6 kg (1917/18).

Sächsische Kleinbetriebe gingen dem Ruin entgegen

Viele sächsische Kleinbetriebe – und sie überwogen hinsichtlich der Zahl der Produktionsstätten – gingen dem Ruin entgegen. Mehr noch, den an Rhein/Ruhr und in Berlin konzentrierten Monopolen bot der Krieg Anlaß, mit Hilfe staatsmonopolistischer Regulierungen – wie dem „Hindenburgprogramm" 1916 – ihr Herrschaftsverhältnis über die nichtkartellierte Industrie weiter auszubauen. Der Verband Sächsischer Industrieller (VSI) sah sich genötigt, „für entsprechende Beteiligung . . . an der Herstellung des zu riesigen Summen anschwellenden Heeresbedarfs und für ausreichende Vertretung auch der sächsischen Industrie in den . . . Organisationen der Kriegswirtschaft" – freilich vergeblich – einzutreten. Gewiß trafen sich hinsichtlich der Kriegsziele Monopolkapitalisten sowie die ökonomisch stärksten Exportindustriellen Sachsens auf expansiven und kolonialistischen Positionen. Das Führungsmitglied des VSI, Johannes März, formulierte 1916: „Die Interessen des deutschen Außenhandels erfordern . . ., daß unser überseeischer Besitz in Umfang und Gestaltung unseren Interessen als Welthandelsvolk entsprechend ausgebaut wird." Das bedeutete jedoch nicht, daß die Monopole die spezifischen Interessen der sächsischen Industriellen hinreichend berücksichtigten. Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hatte in einem Gespräch mit dem Chef des sächsischen Gesamtministeriums Graf Vitzthum von Eckstädt im Dezember 1914 unmißverständlich festgehalten, „wenn etwas erobert würde, so mache das Reich die Eroberungen".

Arbeiterbewegung war besonders gut organisiert

Dennoch gab es sogar angesichts der sich abzeichnenden Niederlage des deutschen Imperialismus keine Stellungnahmen sächsischer Industrieller zur Beendigung des Völkermordens und der Not des Volkes. Mehr noch, der spezifische Platz im imperialistischen System und die seit Jahrzehnten gegebene Konfrontation mit einer besonders gut organisierten Arbeiterbewegung – so waren hier, in Leipzig, im April 1917 auch die ersten Arbeiterräte in der deutschen Geschichte entstanden – ließen das Großkapital Sachsens zu besonders harten Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden greifen.

Die Leipziger Arbeiter schlossen sich am 8. November 1918 der Revolution an. In mindestens 1477 Leipziger Betrieben lag beim Generalstreik vom 8. bis 11. November die Produktion still. In der ersten Etappe der Revolution setzten die Arbeiter u. a. in zahlreichen Betrieben wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter durch. Das Kräfteverhältnis veranlaßte führende Leipziger Kapitalisten, so M. v. Bleichert, H. Graf, A. Dufour-Feronce, sich in einem Aufruf unter der scheindemokratischen Forderung nach völliger Gleichberechtigung aller Schichten zur „Mitarbeit" in allen wirtschaftlichen Fragen bereitzuerklären. Doch bereits unmittelbar nach dem Generalstreik erhoben Leipziger Bourgeois gerichtliche Klage dagegen, daß die Streiktage als Arbeitstage bezahlt werden sollten, und nutzten dabei das schwere politische Versäumnis der Arbeiter- und Soldatenräte, daß der alte Staatsapparat nicht beseitigt worden war.

Als sich seit Mitte November die revolutionäre Bewegung verlangsamte, begann sich die Reaktion massiv mit konterrevolutionärer Zielstellung zu sammeln. Sie mißbrauchte die durch den Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat verkündeten demokratischen Rechte und Freiheiten und gründete am 17. November im Kaufmännischen Vereinshaus den „Bürgerausschuß", ein Sammelbecken von rund 100 Organisationen, „darunter alle großen Berufsvertretungen", d. h. Arbeitgeber- und Unternehmerverbände. Danach verstärkte sich der offene Widerstand des Kapitals gegen alle revolutionären Maßnahmen:

Obwohl der Arbeiter- und Soldatenrat Leipzigs bereits am 10. November den Achtstundenarbeitstag beschlossen hatte, sperrte z. B. am 25. November die Armaturenfabrik Gebr. Rost, Heinrichstraße, die gesamte Belegschaft aus, weil die Arbeiter endlich den Achtstundentag verlangten und sich der Unternehmerwillkür nicht unterwerfen wollten. Ende November beschloß die Versammlung der Buchdruckereibesitzer, den Arbeitern die Teuerungszulagen zu verweigern.

Vor allem konzentrierten sich die bürgerlichen Organisationen und Verbände, Bürgerräte und -wehren darauf, mit allen Mitteln zur Beseitigung der Rätemacht die Einberufung einer bürgerlichen Nationalversammlung zu erzwingen und die „Sozialisierung" der Großbetriebe, nach Lage der Dinge deren Überführung in kapitalistisches Eigentum des Staates, zu verhindern. Im Leipziger Bürgerausschuß forderte Reichsgerichtsrat Neukamp die Schaffung einer geschlossenen Organisation des Bürgertums, um gegen die Rätebewegung vorzugehen. Der Zentralverband des sächsischen Bankgewerbes machte unmittelbar nach dem 1. Reichsrätekongreß (16. bis 21. Dezember), der sich in Verkennung der Tatsache, daß damit die Macht aus den Händen der Arbeiter und Soldaten gegeben wurde, für Wahlen zur Nationalversammlung entschieden hatte, Stimmung gegen die Revolution, indem er behauptete, die gegenwärtige Gewalt behindere die „freie" Beteiligung des Unternehmertums und die Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Kredits im Ausland (d. h. Hilfsmaßnahmen gegen die Not durch das ausländische Kapital bei Fortdauer der Revolution).

Mit alldem lassen sich keine Unterschiede zur konterrevolutionären Politik der Monopolisten feststellen, außer vielleicht hinsichtlich der Nuance, daß das sächsische Großkapital angesichts der eingangs geschilderten Rahmenbedingungen zugleich besonders intensiv über eine wirksamere Gestaltung seines Verbandswesens nachdachte. So notierte der Direktor der Leipziger Firma Meier & Weichelt damals: „Die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse haben gezeigt, daß es notwendig gewesen ist, in der Eisenindustrie einen weitergehenden Zusammenschluß herbeizuführen, als es in der Vorkriegszeit der Fall gewesen ist." In der Revolution erwiesen sich aber Sammlungsbewegungen, wie der Leipziger Bürgerausschuß, zunächst besser geeignet, die Interessen des Kapitals durchzusetzen. In einem Aufruf entwickelte um den 10. Februar 1919 der Bürgerausschuß sein arbeiterfeindliches Programm. Die gegenwärtige, angeblich „sozialistische" Wirtschaftspolitik sei Wirtschaftsdilletantismus; wie in Rußland drohe der wirtschaftliche Bankrott. Die These von der Verelendung der Arbeiterklasse sei ein Märchen. Der Arbeiter sterbe nicht durch Überarbeit; nur durch viel Arbeit könne die Not überwunden werden. Zugleich wandte sich der Aufruf gegen ein Steigen der Löhne. Das war die Reaktion auf die Tatsache, daß in Sachsen die Arbeiterklasse noch nicht militärisch niedergeschlagen war und gewisse Möglichkeiten zur Sicherung von Errungenschaften der Novemberrevolution bestanden, z. B. während des mitteldeutschen Generalstreiks im Februar/März. Mit seiner Propagierung des Gespenstes des Bolschewismus gelang es dem Bürgerausschuß seit dem 27. Februar, breite Kreise der Mittelschichten, Unternehmer, Kaufleute, Ärzte, Beamte, Rechtsanwälte, Gewerbetreibende u. a. für einen Gegenstreik zu formieren.

In die gleiche Zeit fiel die Gründung einer Sektion der „Antibolschewistischen Liga" in Leipzig. Kreishauptmann von Burgsdorf verwandte sich dafür, daß prominente Industrielle, wie Kommerzienrat M. v. Bleichert, Leipzig, Direktor Höhn von der Firma Hugo Schneider, Leipzig-Paunsdorf, Direktor Dr. Kunze von der Leipziger Kammgarnspinnerei, Direktor Banenge von der Leipziger Baumwollspinnerei, Buchdruckereibesitzer Thalakker und Fabrikbesitzer Morell, Leipzig-Mockau, an der Gründungssitzung am 11. Februar teilnahmen. Den Bestrebungen wünschte u. a. A. Dufour-Feronce „besten Erfolg".

Einheiten der Volksmarinedivision vor dem Brandenburger Tor. Foto: UZ-Archiv

Waffenträger gegen die Revolution formiert

Als sich in der ersten Hälfte des April 1919 die Vorbereitungen der Konterrevolution abzeichneten, auch die Arbeiter in Sachsen mit militärischer Gewalt blutig niederzuschlagen, stellte sich der Bürgerausschuß rasch darauf ein. „Bereits um die Weihnachtszeit 1918 war (in Leipzig) ein Kreis eben aus dem Felde zurückgekehrter Frontkämpfer am Werke. Diese begründeten die ‚Weiße Garde'", schrieb später ein Beteiligter. Nun wurde im Bürgerausschuß über den Leipziger „Grenzschutz" und dessen Betätigung gegen den „Bolschewismus" sowie über die Einbeziehung von Studenten und Intellektuellen in den „Grenzschutz" diskutiert. Dieses letzte Detail macht das Problematische der von einflußreichen Großkapitalisten gesteuerten Organisationen, wie dem Bürgerverein und der Antibolschewistischen Liga deutlich: Durch Entstellung der Ziele der Revolutionäre, Anknüpfung an das Eigentümerbewußtsein bürgerlicher Kreise, das nicht differenzieren sollte zwischen persönlichem Eigentum und Privateigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln, formierte das Kapital aus den Mittelschichten, die sich oft in ähnlichen sozialen Verhältnissen wie die Arbeiter befanden, seine Waffenträger gegen die Revolution. Das spielte keine geringe Rolle für deren Ausgang.

Prof. Dr. BERND RÜDIGER,
Direktor der Universitätsbibliothek

Umfangreiches Lebenswerk fand verdiente Würdigung

Prof. Dr. Helmut Hirsch erhielt Promotionsurkunde der KMU

Im Rahmen einer Sitzung des Senats der Karl-Marx-Universität überreichte der Prorektor für Naturwissenschaften der KMU, Prof. Dr. sc. Hans-Peter Kleber, am 31. Januar im Auftrag des Rektors an Prof. Dr. Helmut Hirsch die Promotionsurkunde für die Arbeit „Karl Friedrich Koeppen. Der intimste Berliner Freund Marxens" aus dem Jahre 1933.

Die Errichtung der faschistischen Diktatur vor genau 56 Jahren verhinderte die Anerkennung dieser als Dissertation angefertigten Schrift in Leipzig und zwang deren Verfasser – Sohn eines aktiven Funktionärs der Arbeiterbewegung und Intellektueller jüdischer Abstammung – noch 1933 in eine 25jährige Emigration nach Frankreich und in die USA. Erst 1967 kehrte er nach Europa, nach Düsseldorf/BRD, zurück. Seit 1971 wirkte er als Hochschullehrer an der Duisburger Universität. Ein überarbeiteter Auszug aus der genannten Dissertationsschrift erschien 1936 im ersten Band der International Review for Social History, dem Publikationsorgan des Amsterdamer Instituts für Sozialgeschichte.

Die Datierung der von der KMU ausgefertigten Promotionsurkunde auf den 25. Oktober 1988 fällt mit dem 50. Jahrestag der faschistischen Pogromnacht fast zusammen. Damit ist die Verleihung dieser Urkunde an Prof. Hirsch auch zu verstehen als einer der zahlreichen Beiträge anläßlich dieses Gedenktages, die in ihrer Gesamtheit dokumentieren, daß sich die DDR der Pflege des antifaschistischen Erbes verpflichtet fühlt.

Zugleich findet damit ein umfangreiches Lebenswerk verdiente Würdigung. So kämpfte der Emigrant Helmut Hirsch vom Pariser Exil aus als Mitherausgeber der Zeitung „ORDO" und im Aktionsausschuß für Freiheit in Deutschland gegen die Hitlerdiktatur. Von wissenschaftlicher Bedeutung ist neben der Arbeit über Karl Friedrich Koeppen auch eine Biographie über Friedrich Engels, dem nicht zuletzt wegen des gleichen Geburtsortes Barmen stets das besondere Interesse Prof. Dr. H. Hirschs galt. Aus seiner Feder stammen des weiteren von hoher Sachkenntnis zeugende Bücher und Aufsätze über August Bebel, Eduard Bernstein, Karl Marx, Ferdinand Lassalle, Rosa Luxemburg und weitere führende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung.

Als Mitautor der Publikation „Friedenspolitik und Friedenssicherung. Ist der Krieg eine Naturkatastrophe?" setzte er sich im Zusammenhang mit der Schulbuchforschung bereits vor mehr als 20 Jahren für die Erarbeitung eines Schulfriedensbuches ein.

Geld forderte Gelehrte zum Nachdenken auf

Ökonomische Fragen als unselbständige Elemente in der Ausbildung der spätfeudalen Beamtenschaft

Mit diesem Beitrag wird eine Artikelserie zur Geschichte der ökonomischen Lehre und Forschung an der Universität Leipzig anläßlich des 225. Jahrestages der Gründung des ersten Lehrstuhls für Ökonomie in Leipzig und des 20. Jahrestages der Gründung der Sektion Wirtschaftswissenschaften eröffnet.

Bis zum zweiten Drittel des 18. Jahrhunderts blieben an der Leipziger Universität, wie an allen Hohen Schulen Deutschlands, ökonomische Fragen nur beiläufig behandelte, unselbständige Gegenstände der Lehre in den drei geisteswissenschaftlichen Fakultäten. Die idealistische Methodologie der Theologie, die bis zu diesem Zeitpunkt in ihrer dominierenden Stellung unangefochten blieb, wie auch die der von ihr geprägten Jurisprudenz und Philosophie degradierte derartige Fragen zu Randproblemen, denen bei der Erziehung und Ausbildung der zukünftigen Kirchen- und Staatsdiener keine gesonderte Stellung zukam. Man benötigte für ökonomische Fragen daher keine speziellen Lehrstühle oder Veranstaltungen.

Allerdings konnten sie nicht gänzlich unberücksichtigt bleiben. Die wirtschaftlichen Probleme der spätfeudalen Territorialstaaten erforderten ihre Behandlung für eine möglichst realitätsnahe Ausbildung. In dem Maße, wie mit der wachsenden Bedeutung bürgerlicher und frühkapitalistischer Elemente in der ökonomischen Basis Sachsens die Wirtschaft selbst nicht nur ein zunehmend komplizierter werdender Gegenstand landesherrlicher Politik, sondern zugleich auch ein wichtiges Mittel zur Realisierung ihrer Ziele wurde, fanden derartige Fragen Berücksichtigung in den Lehrveranstaltungen. Vor allem war es das Geld, das die naturalwirtschaftliche Basis der Feudalgesellschaft unterhöhlte, und damit die Gelehrten zwang, sich der Analyse dieses sozialökonomischen Phänomens zu stellen.

So wurden an der Universität der Messestadt bereits im 15. Jahrhundert Themen zu Handel und Wucher diskutiert. Der Grundtenor dieser Erörterungen wurde hier, an einer Hochburg der katholischen Scholastik zunächst von der Lehre vom „Gerechten Preis" bestimmt, die im Interesse der Stabilität der „gottgewollten" feudalen Hierarchie Wucher und Zins und damit frühkapitalistischen Erscheinungen entgegentrat. Unter dem Einfluß humanistischer Ideen deutete sich an der Wende zum 16. Jahrhundert eine Veränderung an. Ohne die Dominanz des kanonischen Rechts insgesamt in Frage zu stellen, wurden mit der römischen Rechtslehre weltliche Argumentationen ins Feld geführt, die zwar gleichfalls gegen den Wucher Front machten, jedoch bereits vom bürgerlichen Eigentumsverständnis der einfachen Warenproduzenten ausgingen. Prägnant tritt diese Sichtweise in der 1508 veröffentlichten Streitschrift des Leipziger Juristen Christoph Kuppner „Ein schons buchlein gzu deutsch, doraus ein italicher mensche, was standes er sey, lerne mag, was wucher und wucherische hedel seyn" zu Tage.

Diese Ansätze einer weltlichen Betrachtung ökonomischer Fragen setzten sich erst mit der Durchsetzung der Theologie M. Luthers, dem „ältesten Nationalökonomen Deutschlands" (Marx), in den vierziger Jahren des 16. Jahrhunderts durch. Durch die Trennung von geistlichem und weltlichem Reich hatte er die Betrachtung ökonomischer Fragen von der göttlichen Moral relativ unabhängig

Ein schons buchlein zu
deutsch, doraus ein italicher mensche, was
standes er sey, lerne mag, was wucher und
wucherische hedel seyn.

Schrift gegen den Wucher
Repro: MULLER

gemacht und damit auf eine Basis gestellt, die der ökonomischen Realität der spätfeudalen deutschen Territorialstaaten bedeutend näher kam als die weltabgewandte katholische Lehre. Mit ihr setzte die Säkularisierung der akademischen Behandlung ökonomischer Fragen ein, die in Leipzig, wie an allen protestantischen Universitäten ihre Grenze in der nach wie vor vorhandenen naturalwirtschaftlichen Orientierung und ethisch-religiösen Sicht fand. Von nachhaltiger Bedeutung blieb die durch Luther und seine Anhänger inspirierte und initiierte Neuerschließung der Literatur des klassischen Altertums. Das aristotelische Ökonomieverständnis, das die Ökonomie neben ihren Schwesterdisziplinen Politik und Ethik als praktische Haushaltungskunst erfaßte und damit als Disziplin von der akademischen Lehre ausschloß, blieb bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts dominierend.

Dr. sc. DIETER JANKE,
Sektion Wirtschaftswissenschaften